



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/122

22. September 1949

Ohne Außenminister

=====

P.R. Die Architekten des Bonner Plenarsaales haben die Reichhaltigkeit ministerieller Aufgaben in Deutschland unterschätzt. Als die Kabinettsmitglieder ihre Plätze auf der Regierungsbank einnehmen wollten, mussten zwei von ihnen in der zweiten Reihe Platz nehmen. Und doch fehlte der Mann, der in jeder Regierung die Souveränität eines Staates am sichtbarsten verkörpert, der Außenminister. Einen Regierungschef, gleich, welche Bezeichnung er führt, pflegt selbst ein Protoktorat zu haben, womit der jungen Deutschen Bundesrepublik nicht nachgesagt werden soll, sie stehe auf einer so niedrigen Stufe staatsrechtlicher Existenz. Aber das Fehlen desjenigen Ministers in der Regierung, der die Beziehungen zum Auslande leitet, illustriert besonders deutlich woran es uns, neben vielem anderen, vor allem mangelt - an Selbständigkeit.

Da dieses Manko nun einmal der gegenwärtigen Situation Deutschlands entspricht, wäre es falsch, sich darüber zu erregen. Deutschland sei, so hat Dr. Adenauer erklärt, infolge der Besetzung, des Ruhrstatutes und des Marshallplanes enger mit dem Auslande verflochten als je zuvor. In diesem Zusammenhang kündigte er ein beim Bundeskanzler zu errichtendes Staatssekretariat für alle diese Auslandsfragen an. Für diesen Posten soll sich Herr Dr. Pfeiffer aus München bereithalten. Das stimmt sehr bedenklich. Holsteiner Naturen sind, besonders in dieser Zeit, gewiss nicht das, was Deutschland auf solchem Posten braucht. Sie pflegen Zwielflicht und Umwege zu bevorzugen, und heute und in Zukunft wird alles auf Klarheit und Gradheit ankommen; soweit das nur irgend das diplomatische Handwerk zulässt.

Kürzlich hat der Chef der Deutschland-Abteilung in Washington,

22.9.1949

Robert Murphy, der demnächst als Botschafter seines Landes nach Brüssel gehen soll, davon gesprochen, "in absehbarer Zeit" werde Deutschland wieder einen Außenminister haben, wenn er die schnelle Schaffung eines solchen Amtes "für den Augenblick" selbst als nicht besonders verlockend bezeichnete. Als angemessenen Zeitpunkt nannte er den Eintritt der Bundesrepublik in den Europarat.

Zunächst sind die Besatzungsmächte Vertreter der deutschen auswärtigen Interessen. Das ist, nach Friedensmassstäben, eine widersinnige, um nicht zu sagen, groteske Konstruktion, bezieht sich doch der wesentlichste Teil der ausländischen Beziehungen Deutschlands auf die Mächte, die nun also das deutsche Verhältnis zu sich selbst bestimmen. Aber auch - soweit es sich um Beziehungen zu dritten Staaten handelt - liegt darin die vollständige Ausschaltung des deutschen Willens und des ebenso vollkommenen Angewiesenseins Deutschlands auf den guten Willen seiner Vormünder. Deshalb ist es ganz natürlich, dass das deutsche Streben dahin geht, möglichst bald wieder auch aussenpolitisch so selbständig zu werden, wie die Umstände es gestatten. Nun haben sich in den Jahren nach dem Zusammenbruch vielfache Beziehungen zum Auslande erneuert oder neu gebildet: Durch die Parteien, durch wirtschaftliche und kulturelle Organisationen, durch Interessengruppen und vor allem durch Einzelpersönlichkeiten. Alle diese Beziehungen können einer künftigen deutschen Aussenpolitik wertvolle Dienste leisten, wobei es freilich notwendig sein wird, sie in irgend einer Form zu ordnen oder zu koordinieren.

Kernstück und übergeordnete Aufgabe einer künftigen deutschen Aussenpolitik wird die Vorbereitung eines Friedensvertrages sein, denn es wäre geradezu widersinnig, wollte man diese Grundlage aller künftigen deutschen Politik ohne ein weitgehendes deutsches Mitspracherecht schaffen. Wortführer müsste ein deutscher Außenminister sein. Viele andere Einzelfragen können als zusätzliche Aufgabengebiete hinzu.

Bei der Umschau nach dem Mann, der diesen ungeheuer schwierigen

22.9.1949

gen Auftrag übernehmen könnte, gerät man in einige Verlegenheit. Die Weimarer Zeit weist, so viel man gegen sie sonst vorbringen mag, gerade auf diesem Gebiet Namen von vorzüglichem Klang und hohem internationalen Ansehen auf. Man kann nur hoffen, dass zu gegebener Zeit sich auch für die neue Deutsche Republik der richtige Mann findet, zumal er der Sprecher für ganz Deutschland wird sein müssen.

- - - - -

Auftakt zur kommunistischen Herbstoffensive in Italien

EAM, Rom. - Für den 2. Oktober ist der "Marcia della Pace" (der Marsch des Friedens) von der kommunistischen Parteiführung angesetzt. Politische Kreise in Rom rechnen damit, dass er der Auftakt zu einer gross angelegten kommunistischen Herbstoffensive mit vermehrten sozialen Unruhen sein wird.

Die wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten des Landes machen es den italienischen Kommunisten in der Tat nicht schwer, ihren politischen Kampf mit zugkräftigen Schlagworten zu tarnen. Bezeichnend ist die ausserordentlich scharfe Sprache der kommunistischen "Unita" vor allem gegen die zweifellos überhöhten Brotpreise. Alles in der kommunistischen Propaganda spricht dafür, dass ein Alarmzustand geschaffen werden soll, um diesen angeblichen "Friedensmarsch" zu einer Demonstration gegen Hunger, Teuerung und Arbeitslosigkeit zu machen.

Angesichts der Tatsache, dass im Vergleich der beiden ersten Halbjahre 1948 und 1949 die Zahl der Arbeitskonflikte von 547 auf 785 Fälle und die verlorenen Industriearbeitsstunden von 14,2 auf 28,6 Millionen anstiegen, lässt sich die weittragende Bedeutung kommunistischer Agitationen zum Zweck der Produktions- und damit Wiederaufbausabotage verstehen.

Entlassungen und Streiks aller Art sind in den oberitalienischen

Industriebetrieben seit längerer Zeit nichts besonderes. Wenn am 5. August ein vorläufiges Abkommen zwischen dem Industrieverband und allen Gewerkschaftsverbänden nach über sechsmonatigen Verhandlungen zustande kam und Löhne wie Familienzulagen wieder erhöht wurden, so ist doch von einer grundlegenden Entspannung der sozialkämpferischen Atmosphäre wenig zu spüren. Im Zentrum Sesto San Giovanni, wo sich zahlreiche Grossbetriebe der Industrie befinden, brodelt es immer wieder von neuem. Dass Betriebsführungen ihre Werke aus Protest verlassen und die Arbeiter von sich aus die Produktion dann fortzuführen versuchen, gehört zu den typischen Erscheinungen dieser Monate. Dem allgemeinen Streik der Bankbeamten und -Angestellten folgte die Stilllegung des gesamten Hafen- und Schiffsverkehrs durch die Gewerkschaft der Seeleute. "La Voce repubblicana" glaubte bereits, von einem umfassenden kommunistischen Plan zur Blockierung aller europäischen Häfen ausserhalb des sowjetischen Machtbereichs sprechen zu sollen.

Um Streikgründe ist die kommunistische Führung des CGIL (Confederazione Generale Italiana Lavoratori), den der römische "Messaggero" gerade wieder als weitaus stärksten Gewerkschaftsverband bezeichnete, nicht verlegen. Das neue streik einschränkende Gesetz der Regierung, das dem Parlament vorgelegt wurde, bietet nach Auffassung sogar des nichtkommunistischen Gewerkschaftsbundes LCGIL (Libera Confederazione Italiana Lavoratori) und der republikanischen Parteiführung starke Angriffspunkte. Damit steht im Zusammenhang die lang erwartete Gesetzesvorlage über Einsetzung des "Nationalen Rats der Wirtschaft und Arbeit", dessen Aufgabe vor allem die Aufrechterhaltung oder besser Herbeiführung eines sozialen Friedens sein soll.

In Regierungskreisen ist man sich über den Ernst der kommenden Auseinandersetzungen und die Gefahren, die damit für den gerade in Gang gekommenen Erholungs- und Gesundungsprozess der inneren Situation Italiens verbunden sind, durchaus im klaren. De Gasperi und

seine Mitarbeiter haben aber bereits in noch bedrängterer Position ihren Mann gestanden und es ist durchaus zu erwarten, dass sie auch diesmal wieder Herren der Lage bleiben werden.

Ferngesteuerte Reue

sp. In der kommunistischen "Niedersächsischen Volksstimme" findet sich in der Ausgabe vom 22. September ein gross aufgemachter Selbstbeichtungsartikel nach berühmtem Muster. In der Einleitung heisst es: "Das Sekretariat des Landesverbandes der KPD Niedersachsen stellt eine Reihe von Mängeln und Schwächen der 'Niedersächsischen Volksstimme' fest, die im Interesse der ideologischen Klarheit über die Grundfragen unserer Politik überwunden werden müssen".

Dann folgen eine Reihe heftiger Flagellantenschläge auf den blutenden Leib und die reuevolle Seele dieser angeblichen Stimme des Volkes und zum Schluss wird das Fazit gezogen:

"Als Ergebnis unserer Diskussion über die Rolle unserer Zeitung im Kampf für Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und um die Erhaltung des Friedens, zur Erziehung unserer Mitglieder im Geist des Marxismus-Leninismus und zur Gewinnung breiter Volksschichten für unseren Kampf wird der "Volksstimme" zur Aufgabe gestellt: Der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der sowjetisch besetzten Zone wie auch den Verhältnissen in der Sowjetunion und in den volksdemokratischen Ländern grössere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken; regelmässig Beiträge über die Grundfragen unserer Politik in marxistisch-leninistischen Sinne zu veröffentlichen und die innerparteiliche Diskussion zu fördern. Die Betriebs- und Ortsgruppen werden verpflichtet die Werbung für die "Volksstimme" und den Haus-an-Haus-Verkauf der Wochenendzeitung zur Pflicht eines jeden Massen zu machen, um mit unserer Zeitung die Massenerbeit und die ideologische Offensive der Partei besser zu unterstützen".

Jeder Kommentar erscheint uns überflüssig.

(m/1/229/4/ns)

Schumacher zum jüdischen Neujahr

Anlässlich des beginnenden neuen jüdischen Jahres (5710) am 24. September sandte Dr. Kurt Schumacher folgende Botschaft an die jüdische Gemeinde:

"Zu Beginn des neuen Jahres erlaube ich mir, Ihnen im Namen der Sozialdemokratischen Partei die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Den in Deutschland lebenden Juden möchte ich besonders an diesem Tage versichern, dass die Sozialdemokratische Partei sich völlig der grossen Verantwortung bewusst ist, die das deutsche Volk den schwer geprüften jüdischen Menschen schuldig ist. Sie betrachtet es als eine selbstverständliche Verpflichtung, alles zu tun, um den jüdischen Mitbürgern zu helfen, das an ihnen begangene Unrecht wieder gutzumachen. Unser besonderer Kampf dient allen Formen des Chauvinismus, von denen der Antisemitismus die abscheulichste ist.

Noch sind die Wunden nicht geheilt, die der Nazismus dem Judentum verursacht hat und es wird noch sehr viel Aufklärungs- und Erziehungsarbeit bedürfen, um eine echte Versöhnung herbeizuführen. Das bevorstehende jüdische Versöhnungsfest sollte auch der Anlass sein, die Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen im Geiste einer echten Toleranz in Deutschland und der ganzen Welt zu festigen. Wir werden das Unsere dazu tun".

Gez. Kurt Schumacher